



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 6.— Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 4.— Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 50 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 17. Juli bis 23. Juli 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 29 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Durch den Streik der Berliner Buchdrucker, dem sich unsere Kollegen und Kolleginnen angeschlossen hatten, konnte die „Solidarität“, da auch der Druck der Gewerkschaftsblätter von den Streikenden abgelehnt worden war, nicht erscheinen. Die Verhandlungen über neue Teuerungszulagen, die gegenwärtig in Leipzig stattfinden, machen es der Redaktion unmöglich, zu der durch den Streik in Berlin geschaffenen Situation im Gewerbe ausführlich Stellung zu nehmen. Das soll in nächster Nummer nachgeholt werden.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die während der letzten Juniwoche eingegangenen Ummeldungen für den Verband der „Solidarität“ konnten bis zum 1. Juli nicht alle berücksichtigt werden. Die Kollegen und Kolleginnen werden daher gebeten, mit der endgültigen Erledigung ihrer Wünsche noch einige Tage zu warten. Nur bei einem Teil dieser und bestimmt erst mit der folgenden Nummer werden alle Wünsche berücksichtigt sein. Eine ordentliche und rechtzeitige Erledigung aller verlangten Änderungen kann nur gewährleistet werden, wenn bis zum 10. des letzten Monats im Vierteljahr (also für das nächste Quartal der 10. September) alle Anträge auf Änderungen im Verband der „Solidarität“ der Expedition vorliegen.

Erhöhung der Lokalbeiträge.

- Braunschweig. Für alle Mitglieder auf 2 Mt.
- Zittau. Ab 1. Juli auf 1 Mt.
- Chemnitz. Ab 27. Beitragswoche für Mitglieder der 1. Beitragsklasse auf 1 Mt., der 2. und 3. Klasse auf 2 Mt., der 4. und 5. Klasse auf 3 Mt.
- Lauban. Ab 1. Juli für alle Mitglieder auf 1 Mt.
- Nürnberg-Fürth. Ab 1. Juli für alle Mitglieder auf 2 Mt.
- Eberswalde. Für alle Mitglieder 50 Pf. ab 3. Juli.
- Crimmitschau. Für alle Mitglieder auf 1 Mt.
- Wittenberg. Ab 15. Juli für alle Mitglieder auf 1,50 Mt.
- Bremen. Ab 1. Juli für weibliche Mitglieder auf 2 Mt., für männliche Mitglieder auf 3 Mt.
- Hof a. d. S. Ab 27. Beitragswoche auf 1 Mt.
- Danzig. Ab 1. Juli für Mitglieder der 1. Beitragsklasse auf 1 Mt., für alle anderen Mitglieder auf 2 Mt.
- Görlitz. Ab 27. Beitragswoche für alle Mitglieder auf 3 Mt.
- Kiel. Ab 1. Juli für die Mitglieder der 1. Klasse auf 50 Pf., der 2. Klasse auf 1 Mt., der 3. Klasse auf 1,50 Mt., der 4. und 5. Klasse auf 2 Mt.
- Wurzen. Ab 1. Juli für alle Mitglieder auf 1 Mt.
- Freiburg i. Br. Ab 3. Juli für alle Mitglieder auf 2 Mt.
- Oederan. Für alle Mitglieder auf 1 Mt.
- Kempten. Ab 1. Juli für alle Mitglieder auf 1,50 Mt. Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.

E. Pucher, 1. Vorsitzender.

Bildungsarbeit der Gewerkschaften

Neben der Kraft der Massen, der Kraft der Aktionen, bildet heute die Stärke des Geistes das intellektuelle Niveau, auf dem die Arbeiterschaft sich befindet, ein bedeutendes Kampfmittel zur Erlangung der Macht und zur Lösung der sozialen Lage der bedürftigen Klasse. Das Bedürfnis der Massen nach allgemeiner Bildung machte sich schon in den ersten Stadien der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung bemerkbar und wir finden schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die ersten Arbeiterbildungsvereine, aus denen sich dann späterhin die stolze Sozialdemokratie entwickelte. Auch die ersten Gewerkschaften entstanden unter dem Einfluß von Führern der Arbeiterbildungsvereine (von denen ich in erster Linie A. Bebel nennen möchte) und somit haben auch die Gewerkschaften ein Erbe übernommen, das ihnen zu Ruhm und Frommen gereicht und nicht wenig dazu

beitrug — und noch dazu beiträgt —, dieselben zu ihrer heutigen Größe zu entfalten. Bis zu Beginn des Weltkrieges lenkten nun Gewerkschaften und politische Parteien ihr Interesse auch in vielseitiger und erfolgreicher Art auf die Bildungsarbeit. In Kurzen und Einzelschriften wurden die Mitglieder in den Elementarunterricht des Sozialismus und der gewerkschaftlichen Tätigkeit eingeweiht und man konnte konstatieren, daß die Massen in großen Scharen dem Rufe ihrer Organisation folgten. An vielen Stellen Deutschlands entsprossen Betriebsräteschulen usw. Im vorigen Jahre kam zu den schon vorhandenen nun noch die „Akademie der Arbeit“ in Frankfurt a. M. und Münster, zu der sich in diesem Jahre noch die vom Staat mit Unterstützung der Gewerkschaften eingerichteten Wirtschaftsschulen gesellen. Alles in allem kann man gestehen, daß eine außerordentlich reiche und intensive Tätigkeit zur Ausbildung von Gewerkschaftsmitgliedern eingeleitet hat und ich glaube, die ersten Früchte beginnen bereits jetzt zu wirken.

Kollege Thomas geht in drei Artikeln im „Korrespondenzblatt“ vom April d. Js. auf die Bildungsarbeit in den Gewerkschaften ein. Er gibt uns darin einen Ueberblick über die bisher geleistete Arbeit und macht neue Vorschläge zu ihrem Ausbau. Die gesamte Gewerkschaftspresse beschäftigt sich eingehend mit der weiteren Ausbildung der Mitglieder und macht in vielen Fällen annehmbare Vorschläge. Eins jedoch fällt uns bei den Ausführungen des Kollegen Thomas und der Gewerkschaftspresse ins Auge: Sie bringen zwar in ihren Artikeln dem Problem der Ausbildung ein-

zu finden, um praktische Arbeit in der Bildungsfrage leisten zu können. Der Gewerkschaftskongress in Leipzig wird ja der Bildungsarbeit in den Gewerkschaften Aufmerksamkeit entgegenbringen und hoffentlich auch das Problem die „Bildung der Massen“ eingehend behandeln. Zuletzt möchte ich noch erwähnen, daß hier ein großes Betätigungsfeld für alle, vom geistig angehauchten, bis zum geistig durchgebildeten Kollegen vorhanden ist. Alle, die die Kraft fühlen, mögen darum sich intensiver an der Vornahme der Bildungsaufgaben beteiligen, einedert der Worte Wilhelm Liebknechts: Wissen ist Macht — Bildung macht frei. — S. Klaus - Berlin.

Anmerkung der Redaktion. Es wäre zu wünschen, daß die Anregung des Kollegen Klaus bei den Ortsverwaltungen eine gute Aufnahme findet. In seiner Zahlstelle, die über bedeutende Mittel verfügt, ließ sich der Gedanke zuerst und am besten verwirklichen. Zu viel kann auf diesem Gebiete nicht getan werden. Vor dem Kriege bestand in Berlin bereits ein Bildungsausschuß, der gute Vornahme leistete. Heute ist es aber in manchen Orten so und nicht zuletzt in Berlin, daß man über politische und Richtungsstreitigkeiten oft nicht Zeit hat, ernsthaft an die von Kollegen K. skizzierte Aufgabe heranzugehen. — Eins sollte aber Kollege K. nicht übersehen, die Ausbildung einzelner besonders befähigter Kollegen und Kolleginnen kommt mittelbar immer der großen Masse der Mitglieder zugute. Sie werden der Allgemeinheit Führer und Berater sein können und gerne sein, sofern die große Masse Zeit hat und willens ist, sie überhaupt anzuhören. Davor soll uns aber der Himmel bewahren, daß die „geistig Angehauchten“ auf die Mitglieder losgelassen werden. Wer eine Stunde lang Worte machen kann, hat uns oft noch nichts. Kollege K. muß doch nach dieser Richtung hin schon Anschauungsunterricht genommen haben, oder hat er seit Jahren keine Berliner Mitgliederversammlungen besucht? Nur wer wirklich etwas weiß und kann, hat das Recht, hier aktiv zu werden. Hoffen wir, daß der Wunsch des Artikelschreibers eine gute Aufnahme bei der Masse der Mitglieder findet, die Mittel dazu stehen bereit. An eifriger Förderung durch die Verbandsinstanzen wird es sicher nicht fehlen.

Neue Postkäse beachten!

In Nr. 26 der „Solidarität“ sind die neuen Postkäse veröffentlicht worden. Trotzdem gehen bei der Verbandsleitung fortgesetzt Briefe und Postkarten, die nicht richtig frankiert sind, in großer Zahl ein. Alle Sendungen, für die Strafpunkte bezahlt werden muß, werden nicht angenommen und gehen an den Absender zurück.

Zur neuen Beitragserhöhung

Durch die immer größer gewordene Entwertung unseres Geldes und die dadurch bedingte Lohnaufbesserung ist es selbstverständlich, daß wenn die Unterhaltungsbedingungen den jetzigen Lebensnotwendigkeiten angepaßt werden und auch sonst alle mit Ausgaben verknüpften Einrichtungen des Verbandes intakt bleiben sollen (Herstellung des Verbandsorgans, Agitation, Gehälter der Verbandsangestellten usw.), auch mit der Beitragserhöhung dementsprechend schrittgehalten werden muß. Allen Funktionären und sonstigen Mitgliedern des Verbandes, die an der Verbandsbewegung tätigen Anteil nehmen, wird die Erhöhung, wie sie jetzt vom Verbandsvorstand und Beirat beschloffen ist, nicht zu hoch, vielleicht noch nicht einmal hoch genug sein. Wer die Verbandspresse und die darin enthaltenen Verhandlungsberichte aufmerksam gelesen hat, dem muß es klar sein, was uns in der nächsten Zeit bevorsteht. Wer aber Gelegenheit hatte, mit den Arbeitgeberern in nähere Berührung zu kommen, um über neue Lohnzulagen zu debattieren, der weiß ganz bestimmt, daß die Prinzipale zu einem Schläge gegen die Hilfsarbeiterorganisation ausfallen. Wie ja auch fast in jeder Nummer der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Prinzipalszeitung) über die angeblich zu hohe Entlohnung der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen ein Entrüstungsschrei ausgestoßen wird.

In Ostpreußen, dem Hort aller reaktionären Elemente, beginnt jetzt schon der Kampf gegen einen neuen Tarifabschluß von seiten der Arbeitgeber. Sie labortieren die Tarifschiedsgerichte, um so etwaige notwendig werdende Klagen der Hilfsarbeiter zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Sie machen sich keine Gewissensbisse, einen glatten Tarifbruch zu begehen, indem sie schriftlich erklären, daß ihre Mitglieder des Tarifschiedsgerichts bei Lohnlagen der Hilfsarbeiter es ablehnen, eine Entscheidung zu fällen. Also, der Kampf gegen die Entlohnung der Hilfsarbeiter, somit gegen den Tarif überhaupt, hat in Ostpreußen schon seinen Anfang genommen.

Darum war es höchste Zeit, daß die maßgebenden Verbandsinstanzen beschloffen, Geld in den Vorteil zu tun. Es kann den Instanzen nur geraten werden, recht viel hineinzu- und das Pulver trocken zu halten, damit es, wenn es gebraucht wird, am richtigen Platz und in genügender Menge vorhanden ist. Derjenige Teil unserer Mitglieder, der sich keine Kopfschmerzen darüber gemacht hat, auf welche Weise die monatlichen Lohnzuschüsse zustande gekommen sind, sollte jetzt begriffen lernen, daß der Arbeitgeber nicht nur eine starke Organisation fürchtet, sondern in viel größerem

gelner geistig Begabter reges Interesse entgegen, während sie das nicht minder wichtige Problem, die Ausbildung der Massen in relativ geringem Maße behandeln. Ich glaube, hier wird viel geleistet. Wir wenden unsere Kräfte in großem Maße für die Erziehung der späteren sogenannten Führer auf, während wir die Ausbildung und Erziehung der Massen in geradezu katastrophaler Weise vernachlässigen. (Ich will hiermit nicht etwa sagen, daß für die Ausbildung von geistig Begabten zweifel getan wird). Es entsteht hierdurch meiner Auffassung nach mit der Zeit ein unerträgliches Zustand und zwar in der Art, daß in den Organisationen eine große Zahl indifferenten Massen einer kleinen Zahl geistig hochstehender Kollegen gegenübersteht. Eine Folge davon ist, daß die Massen den Führern nicht das nötige Verständnis entgegenbringen können, das diese benötigen, um in der Auswirkung der praktischen Arbeit Erfolge zu erzielen. Dieser Zustand ist eher dazu angetan, daß die Massen in Unkenntnis der Sachlage den Führern Knüttel zwischen die Beine werfen. Es ist ganz klar, daß somit die Masse der Hemmschuh der Bewegung wird. Dazu tritt noch mit Naturnotwendigkeit eine Entfremdung zwischen Masse und Führer (wovon uns die Gegenwart genügend Beweise liefert).

Spinnen wir den Gedanken nun weiter, dann erklärt sich auch für uns das große Rätsel der immer zunehmenden Fruchtbarkeit der neuesten der Wissenschaften, der „Broscologie“, die einzelne Kollegen sich zu eigen gemacht haben. Das ist ein neuer Reiz zwischen Masse und Führer, der der Bewegung großen Schaden bringt. Unsere nächste Aufgabe muß es nun sein, diesen Zustand zu ändern. Wir müssen versuchen, die große Masse der Kollegen und Kolleginnen, die mit der Revolution noch einen gewaltigen Zustrom erfahren hat, mit der Elementarlehre des Gewerkschaftlers bekanntzumachen, sie mit dem Solidaritätsgefühl, dem Gemeinschaftsgefühl, kurzum, mit dem Klassenkampfgedanken, zu durchdrängen, in ihnen das logische Denken wecken und sie zur praktischen Mitarbeit in der Organisation anregen. Wir würden uns damit von einem Krebsgeschwür befreien und eine fruchtbar entwickelte, auch mit geistigen Waffen gut ausgerüstete Kampftruppe schaffen und können der großen konzentrierten Macht des Kapitals eine ebenbürtige der Arbeit entgegenstellen.

Auch unsere Organisation muß sich jetzt mehr denn je der Bildungsarbeit widmen. Ein eventuell einzuweisender Bildungsausschuß muß versuchen, Mittel und Wege

Maße eine gute alte Verbandsklasse. Wenn auch zugegeben werden muß, daß bei dieser wirtschaftlich schweren Zeit jede Marktgebrauch wird, so wird es derjenige später einsehen, daß es eine falsche Sparmaßnahme gewesen wäre, hätte er der Organisation dieses Geld vorzuziehen. Deshalb muß sich ein jeder mit den Maßnahmen der Verbandsinstanzen einverstanden erklären und auch darüber hinaus noch gewillt sein, mehr zu leisten, wofür wir der kommenden Zeit mit aller Ruhe und ohne Besorgnis entgegensehen. D. P.

Die internationale Verteilung der Rohstoffe

Der Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Rom hatte unter den Problemen, ohne deren Lösung die Wiederherstellung der Weltwirtschaft nicht vorzustellen ist, die internationale Verteilung der Rohstoffe als einen besonders wichtigen Punkt bezeichnet. In der vom Kongreß angenommenen Resolution wurde, außer Kredit- und Finanzmaßnahmen, auch dies im Interesse der Produktion derjenigen Länder, die über Rohstoffe nicht verfügen, gefördert. In dieser Richtung bewegt sich auch ein Beschluß des italienischen Arbeitszentralrates. Es ist für die Arbeiterklasse besonders wichtig, diese Forderung auf ihren volkswirtschaftlichen Inhalt hin näher zu untersuchen, um über Tragweite und Möglichkeiten dieser Maßnahme eine Vorstellung zu gewinnen.

Nach dem Kriege die internationale Verteilung der Rohstoffe als dringender Wunsch empfunden ward, waren die Verhältnisse, welche dieser Forderung zugrunde lagen, anders geartet als heute. Damals herrschte eine sowohl absolute wie relative Knappheit in der Rohstoffversorgung der Welt. Es wurde absolut wenig produziert. Die Demobilisation, die infolge der Kriegsergütterung und Ermüdung entlassene Arbeitskraft der Massen, oft auch die im Krieg herantretende Betriebsausruflung verursachten einen Rückgang der Produktion in großem Maßstab. Relativ: Der Warenmangel nach dem Kriege, die Notwendigkeit der Ergänzung der erschöpften Vorräte, haben die Nachfrage gewaltig gefördert. Die Rohstoffverteilung war während des Krieges in allen Staaten zentralisiert, der internationale Verkehr litt aber unter diesen Beschränkungen; die Ausfuhrverbote, Transportschwierigkeiten, ein im Krieg üblich gewordener Kompensationsverkehr (gegenseitiger Austausch von Waren auf Grund vorhergehender Vereinbarungen) lasteten schwer auf dem sich neu bebendenden Wirtschaftskreis. So entstand die Forderung nach Schaffung einer internationalen Zentralstelle, die die Rohstoffvorräte der Welt registriert und über deren gleichmäßige, bzw. den Produktionsverhältnissen entsprechende Verteilung verfügen soll. Die Preisfrage war damals eine Frage zweiter Ordnung: Man brauchte die Rohstoffe, Kohle, Erze, Baumwolle usw. Als der Kongreß der Bergarbeiter in Genf diese Forderung gestellt hatte, waren noch die hier angeführten Verhältnisse in Geltung. Das Internationale Arbeitsamt in Genf schickte sich an, irgendeine Lösung für die Rohstoffverteilung vorzuschlagen, es hatte hierfür eine Kommission gebildet.

Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse wesentlich geändert. Eine Wirtschaftskrise sondergleichen ist hereinbrochen. Die wichtigsten europäischen Märkte wurden infolge mangelnder Kaufkraft der Bevölkerungen und der Staaten selbst vom Weltverkehr fast gänzlich ausgeschaltet; es entstand Arbeitslosigkeit, welche die Absatzkräfte noch verschärfte, da die Massen der Arbeitslosen nicht kaufen konnten; die Wertabnahme erwachte und bereitete die Beschaffung der Rohstoffe, die zumeist in den valutarsten Ländern produziert und deshalb für Länder mit entwerteter Valuta unerschaffbar wurden. So erfolgten gewaltige Produktionsbeschränkungen, es entstand eine künstlich hervorgerufene Knappheit der Rohstoffversorgung.

Die Verteilung der Rohstoffe ist also gegenwärtig in erster Linie nicht als technisches Problem, sondern als Problem der Kaufkraft vorhanden. Die Kaufkraft der breiten Masse muß gestärkt werden, also die Valuten müssen stabilisiert, Kredite erteilt, durch entsprechende, den Kosten der Lebenshaltung angepaßte Löhne muß die Kaufkraft der Arbeiterklasse gesteigert werden.

Der Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes fordert jedoch darüber hinaus noch einen technischen Apparat, der die Verteilung der Rohstoffe auf internationaler Basis auf Grund der vorhandenen Bedürfnisse besorgt. Es wäre unbedingt notwendig, über einen solchen Apparat zu verfügen. Was aber sind die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses großzügigen Planes?

Zunächst einmal bedarf es eines Registrierapparates, der über die vorhandenen Vorräte in vertrauenswürdigem, durch spekulative und durch Geschäftsinteressen nicht beeinflusster Weise berichtet, und die zu erwartende Produktion, die Möglichkeit der Erschließung neuer Rohstoffquellen verfolgt, also die Ausgestaltung eines groß angelegten statistischen Informationsapparates über die Rohstoffe. Hier ist sehr viel zu tun. Es gibt zwar Ansätze genug für ähnliche Erhebungen, besonders in Amerika, und für einzelne Rohstoffe, wie Baumwolle, auch auf internationaler Grundlage. Das landwirtschaftliche Institut in Rom berichtet über die Getreideproduktion der Welt usw.

Es handelt sich aber auch um die Verteilung der Rohstoffe, die das zu schaffende Organ oder die Organe leisten sollen. Vorausgesetzt ist dabei in erster Linie eine vollständige Abkehr vom wirtschaftlichen Egoismus seitens der Rohstoff produzierenden Staaten und das Entstehen eines Gefühls der internationalen Solidarität. Der Apparat ist sicherlich für Perioden bestimmt, wenn eine neue Konjunktur einsetzt und neue Bedürfnisse nach Rohstoffen eine ähnliche Knappheit hervorrufen werden, wie sie nach dem Kriege bestand.

Wenn einem internationalen Organ das Verfügungsrecht über die Verteilung der Rohstoffe zuerkannt wird, ist es in erster Linie notwendig, daß zuerst die einzelnen Staaten selbst innerhalb ihrer Gebiete die Kontrolle der Rohstoffherzeugung übernehmen und die Ausübung dieses Rechts dem zu schaffenden internationalen Organ zum Teil übertragen. Es wird also eine gebundene Wirtschaft gefördert. Ganz besonders gilt dies für die Forderung des italienischen Zentralarbeitsrates, die auch die Preisbestimmung der Rohstoffe dem zu begründenden internationalen Organ überlassen sehen möchte.

Die Logik dieser Forderungen führt zur staatlichen Zwangswirtschaft, ohne welche sich die Kapitalisten dieser Einschränkungen nicht zu unterwerfen vermögen. Da aber die Zwangswirtschaft ohne die zwingenden Notwendigkeiten des Krieges nicht durchführbar, aber auch nicht zu wünschen ist, bleibt nur der andere Weg offen: der der Sozialisierung.

Ohne eine vorhergehende Sozialisierung in den einzelnen Staaten kann u. E. die internationale Verteilung der Rohstoffe nicht verwirklicht werden. Nur in diesem Sinne kann die italienische Forderung verstanden werden, wonach die Herstellung der Rohstoffe nicht Monopolen überlassen werden darf. Nicht Privatmonopolen, sondern einer sozialisierten Wirtschaft! Die Ausföhrung für eine baldige Durchführung von Maßnahmen großen Stils, die nach dieser Richtung gehen, sind für die gegenwärtige Periode sehr unangünstig. Wir haben aber allen Grund zu hoffen, daß diese Periode vielleicht früher als man glauben, heranzubringen wird. Auch bis dahin tut es aber not, daß diese Probleme erwogen und in die öffentliche Meinung der Massen übergeführt werden. Dies wird eine praktische Propaganda sein, die gleichzeitig den zum Sozialismus führenden Weg bezeichnet.

Aber auch im gegenwärtigen Moment ist bezüglich der Rohstoffversorgung manches zu fordern. So wäre z. B. eine internationale Vereinbarung gegen die Ausfuhrverbote zu erwirken. Gegenwärtig bestehen wesentliche Verbote solcher Art ebensowenig wie vor dem Kriege; um so eher kann der Grundgedanke für kommende Zeiten jetzt bereits ausgesprochen werden. Es sind des weiteren die Exportabgaben grundsätzlich zu bekämpfen, da diese die Beseitigung des Auslandes, Erschwerung der ausländischen Produktion und des Konjunks, Unterbindung des internationalen Verkehrs, also eine der internationalen Solidarität entgegengesetzten Richtung darstellen. (Für die gegenwärtigen deutschen Exportabgaben trifft dies allerdings nicht zu, diese dienen infolge der Entwertung der deutschen Valuta nur dem Zweck, die deutschen Exportpreise den Weltmarktpreisen näherzubringen. Ohne sie müßte entweder Valutadumping in einem noch viel größeren Maßstab als heute betrieben werden, oder aber würden die deutschen Unternehmer ungenügende Ueberschüsse erzielen. Außerdem wäre die Beschaffung der Reparationsdevisen überaus erschwert.)

Es sind jedoch Ansätze dafür vorhanden, daß gewisse Staaten, besonders die, welche im Besitz von Rohstoffmonopolen lind, diesen Vorteil auch durch Ausfuhrabgaben heutzutage lassen möchten. In den Vereinigten Staaten sind mächtige Bestrebungen für die Einführung von Exportabgaben auf Baumwolle, Kupfer, Petroleum usw. vorhanden. Viele Staaten, wie Mexiko, Rumänien nach dem ausgeführten Öl, die Tschechoslowakei nach ihrem Zuckergroß usw., haben auf diese Weise große Einnahmen zum Schaden des ausländischen Verbrauchs.

Endlich ist die Einfuhr der Rohstoffe freizugeben. Die Zollfreiheit für Rohstoffe und Halbprodukte ist im Interesse der arbeitenden Klassen eine unerlässliche Notwendigkeit. Seit dem Kriege ist auch auf diesem Gebiet ein großer Rückfall zu verzeichnen, so errichtet z. B. der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten, der 1912 die Rohstoffe auf die „Freiliste“ setzte (zollfrei machte), gegenwärtig neue Zollschranken gegen die Rohstoffeinfuhr.

Dies sind die Laeserfragen in bezug auf die internationale Verteilung der Rohstoffe, wobei wir die größeren, die auf eine organisierte Verteilung auf internationaler Basis abzielen, nicht aus dem Auge verlieren dürfen. So hat der Internationale Gewerkschaftsbund nicht nur der Arbeiterschaft, sondern der ganzen arbeitenden Bevölkerung der Welt einen guten Dienst erwiesen, indem er das Problem der internationalen Verteilung der Rohstoffe auf die Tagesordnung gesetzt hat.

A. G.

Zweite Jugendkonferenz in Leipzig

Anwesend waren 192 Delegierte, die sich wie folgt verteilten: Zentralvorstände 66 Vertreter, Ortsverwaltungen 70 Vertreter, Ortsausschüsse 44 Vertreter, Bundesauschuß 2 Vertreter, Gäste 10 Vertreter, darunter 2 Ausländer.

Die große Teilnehmerzahl dürfte beweisen, welches Interesse der Jugendfrage in den Gewerkschaften entgegengebracht wird. Im allgemeinen wurde beklagt, daß dieses Parlament zur Beratung dieser Frage zu groß sei, um arbeitsfähig zu sein. Dem Jugendsekretariat wurde aufgegeben, für die zukünftige Besichtigung ein Reglement auszuarbeiten, damit eine regelmäßige und nicht allzu starke Besichtigung erfolgt. Die Tagesordnung war folgende:

1. Bericht des Jugendsekretariats. Berichterstatter: Masche, Berlin.
2. Die Neugestaltung des Beihilfsrechts und die notwendigen Abänderungen. Berichterstatter: Meißner, Berlin.
3. Lehrwerkstätten. Berichterstatter: Ingenieur Fröhlich, Berlin.
4. Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Berichterstatter: Dr. Roewenberg, Berlin.
5. Musterjahrgänge für gewerkschaftliche Jugendkarteile. Berichterstatter: Siegle, Berlin.
6. Die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften. Berichterstatter: Wilhelm, Berlin.

Im Punkt 1 wurde ausschließlich statistisches Material über die Jugendbewegung behandelt und dürfte im Protokoll festgehalten sein. Besonders hervorzuheben ist aber, daß in den Gewerkschaften mindestens 500 000 Jugendliche sich befinden, wovon auf die Metallarbeiter allein 224 000 entfallen. Dann weiter folgend stellen die Buchbinder, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Labarbeiter und die Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe ein großes Kontingent jugendlicher. Die Verbände sollen aufgeführt werden, die Anzahl der Jugendlichen anzugeben. 11 Verbände haben Jugendabteilungen. Besondere Jugendsekretariate bestehen bei den größeren Verbänden. Die tarifliche Regelung der Beihilfsrechte geschieht nur durch einzelne Verbände. Die Buchdrucker werden lobend hervorgehoben. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden zum größten Teil durch Tarife erfasst. Besonders traurig im Beihilfsrecht sieht es in Thüringen aus, und zwar bekommen dort die Beihilfsrechte wesentlich 3, 10, 20 und 300 Mk. Einjährigkinder, ohne daß ihnen Kost und Logis gewährt wird. Der Referent streift auch das Verhältnis zum Reichsausschuß der Arbeiter-

jugendorganisationen und betont, daß ein Zusammenarbeiten ersprießlich nur mit der AD, und ESB, möglich war, ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten mußte abgelehnt werden infolge ihrer zweifelhafte Stellung. Zum Schluß geht der Redner auf die Teilnahme der Gewerkschaften in den Berufsberatungsstellen ein.

In der Diskussion wünscht Meißner-Berlin einen Beitrag zum ADGB, und Jugendsekretär in Form der Gruppeneinteilung der Betriebsräte. Ferner wird betont, daß in der Provinz auf die Mitarbeit der politischen Jugendorganisationen nicht verzichtet werden kann. Ein Vertreter aus Hessen schildert den Kampf um die Fortbildungsschulen und hebt hervor, daß neben dem Schulvorstand ein Gewerkschaftler sitzen muß. Der Jugendgerichtshilfe muß mehr als bisher Achtung geschenkt werden. Meyer-Würzburg (Graphisches Kartell) beklagt, daß die Hauptvorstände sich um die Durchführung der Beschlüsse nicht kümmern. Bei der Besetzung der Gewerbeaufsichtsbearbeiter habe der ADGB, versagt, alle 75 Stellen sind durch Christliche besetzt worden.

Der zweite Punkt „Beihilfsrecht“ nimmt den größten Teil der Tagung in Anspruch. Vom Referenten wird eine völlige Forderung der Paragraphen 41, 105 sowie 127a der Gewerbeordnung verlangt. Ferner ergibt sich in Einzelheiten über die Auswirkung der Gewerbeordnung, Handwerks- sowie Berufskammer. Sassenbach habe durch Entlegen einer sachmännischen Studienkommission versucht, das Beihilfsrecht auf eine gesunde Basis zu stellen. Was bei den Dachdecker möglichst war, indem tariflich festgelegt wurde, je nach Dauer der Beihilfe mit $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ des Gehältslohnes die Beihilfe zu entlohnen, müsse bei den anderen Gewerkschaften nachgeholt werden. Die Wahl der Berufsämter wird besonders empfohlen. Es müsse gesetzlich festgelegt werden, in welcher Weise und wieviel Beihilfe befristet werden dürfen. Beachtenswert ist ferner ein Urteil des Frankfurter Demobilisationskommissars, der den Tarif der Bäcker und Konditoren in bezug auf die Beihilfe als verbindlich erklärt hatte. Redner führt aus, die übermäßige Bevorzugung der Ungelernten sei ungesund, dahinter wäre anderes zu suchen.

Ein Vertreter des Berliner-Berandes geht des längeren auf das Referat ein. Die Jugendlichen dürfen nicht immer mit Handhühen angefaßt werden, ein besseres Zusammenarbeiten mit den Eltern sei notwendig. Die Beobachtung habe ergeben, daß Schulbücherei, Kantinen, gehen und Zigarettenrauchen an der Tagesordnung sei, auch seien einige junge Leute schon geschlechtstrant. Um Dualitätsarbeit zu schaffen, halte er eine vierjährige Beihilfe für notwendig. Der Bildungsgrad müsse als Aufstieg dienen. Albrecht-Berlin setzt sich für einen allmählichen Ausgleich der Gelehrten und Ungelernten bei der Beihilfe ein, denn Lehrverträge sind zu 90 Proz. Arbeitsvertrag und nur zu 10 Proz. Erziehungsvertrag. Ein Bergarbeiter aus Essen tritt mit Entschiedenheit für die zu wenig beachtete ungelernete Arbeiterschaft ein und schildert in ergreifenden Worten die Gefahren des Bergbaues besonders für den jugendlichen Arbeiter. Nicht selten werden die jungen Arbeiter ohnmächtig aus der Grube getragen.

Den 3. Punkt „Lehrwerkstätten“ behandelt Ing. Fröhlich-Berlin und zwar verlangt er Wert- oder Produktivschulen. Anhänglichen müssen Beihilfshome bestehen, in denen die kulturelle Ausbildung eine wesentliche Rolle spielen. Redner sagt, daß in der beruflichen Tätigkeit Individualismus und Sozialismus sich begegnen. Dr. Herzig spricht zur Diskussion und bedauert, in den Berufsschulen nicht den nötigen Einfluß zu sehen, den die Arbeiterschaft haben könnte. So würden anstatt Gewerkschaftler, Offiziere angestellt. In Zukunft müsse dafür gesorgt werden, daß mehr Gewerkschaftler in Berufsschulen untergebracht werden. Die Meisterlehre ist als veraltet anzusehen, an dessen Stelle müsse die moderne Berufsschule treten. Um die Entwicklung vorwärts zu treiben, müsse eine größere Aktivität in den Fortbildungsschulen und Kurortoren entfaltet werden. Auch dürfen Lehrwerkstätten nicht dazu dienen den Ständesubjekt der Beihilfe groß zu züchten, so wie man das bei der Firma Zell in Sena beobachtet kann. Albrecht-Berlin tritt entschieden für die Ausbildung der ungelerneten Arbeiter ein. Ein anderer Redner verlangt im Anschluß an die Volksschule eine Produktionsschule bis zum 18. Lebensjahre. Die ganzen Anträge werden dem Bundesvorstand überwiesen.

Punkt 4 und 5 werden zusammen behandelt: „Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit“ und „Musterjahrgänge für gewerkschaftliche Jugendkarteile“. Beide Punkte beziehen sich auf die organisatorische Tätigkeit in den Gewerkschaften und finden in den Musterjahrgängen ihren Ausdruck.

Als letzter und 6. Punkt wird die örtliche Jugendarbeit in den Gewerkschaften behandelt, er bezieht sich in der Hauptsache auf die Kleinarbeit.

Das Programm und die Musterjahrgänge werden angenommen und an den Gewerkschaftskongreß übermittelt.

Ein Antrag, den Reichsausschuß aufzulösen, um die politischen Jugendorganisationen fernzuhalten, wird von Sassenbach bekämpft und dem Beirat überwiesen.

Besondere Schutzbestimmungen für jugendliche Bergarbeiter des Saargebietes finden Annahme.

Zum Schluß wird noch ein Protest für politischjugendliche Inhaftierte einstimmig angenommen.

Marx-Berlin.

Wochenhilfe und Mutterschutz

Nach § 187 Abs. 6 der Reichsgewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden. Ihr Niederkunft tritt an den Nachweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens sechs Wochen verfloßen sind. Uebereinstimmend wenigstens sechs Wochen verfloßen sind. Uebereinstimmend damit hat die Reichsverordnungsordnung als Ausgleich für den Ausfall an Arbeitslohn Wochengeld in Höhe des Kranfengeldes für die Dauer von acht Wochen gewährt; mindestens sechs Wochen müssen in die Zeit nach der Niederkunft fallen. Durch das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 28. September 1919 ist die Reichsverordnungsordnung abgeändert und die Dauer des Wochengeldbezuges von acht auf zehn Wochen erhöht worden. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig. Eine Abänderung der Gewerbeordnung, die das Beschäftigungsverbot auf zehn Wochen erweitert,

ist nicht erfolgt. Die Wöchnerin braucht also nach wie vor nur acht Wochen von der Arbeit fernzubleiben, aber sie soll durch den Wochengeldbezug in die Lage versetzt werden, die Arbeitsunterbrechung auf zehn Wochen auszubehnen. Deutschland gehört mit diesem gelbeschen Schutz, der der Wöchnerin gewährt wird, zu den sozialpolitisch am weitesten fortgeschrittenen Ländern. Aber auch mit einer Erhöhung der Schutzfrist auf zehn Wochen sind die Forderungen der Hygieniker noch nicht erfüllt; diese halten vielmehr im gesundheitlichen Interesse von Mutter und Kind eine dreimonatige Schutzfrist für notwendig. Zwar nach § 195b der Reichsversicherungsordnung die Dauer des Wochengeldbezuges durch die Säugung der Krankentasse auf 13 Wochen erweitert werden, es dürfen aber aus finanziellen Gründen nur sehr wenige Klassen von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht haben.

Wenn der Gesetzgeber nun mit der Erhöhung des Wochengeldbezuges nicht auch eine Verlängerung des Beschäftigungsverbotes ausgesprochen hat, so geschah es wohl in der Absicht, der Wöchnerin insofern als Beihilfe zu den mit der Ankunft eines Erdenbürgers verbundenen Kosten während zweier Arbeitsverdienst und Wochengeldbezugs zu lassen. Von dieser Möglichkeit scheint naturgemäß am meisten von den unverheirateten Wöchnerinnen Gebrauch gemacht zu werden, die sich meist wirtschaftlich in einer schwierigeren Lage befinden als die verheirateten, während diese sich schon aus Familienrückständen eher eine zehn-wöchige Schonzeit gönnen. Nun hat aber die Bestimmung, daß das Wochengeld für die ersten vier Wochen unabhängig davon, ob die Wöchnerin der Arbeit ferngeblieben ist oder nicht, am Tage der Entbindung fällig ist, in weiten Kreisen zu der Auffassung geführt, daß im ganzen ein sechs-wöchiges Fernbleiben von der Arbeit genügt, ja, ich bin wiederholt auf die Meinung gestossen, das Beschäftigungsverbot sei auf sechs Wochen herabgesetzt worden. Die Folge ist, daß viele Mütter weniger als acht Wochen zu Hause bleiben. Da die Krankentassen keine Verpflichtung haben, nachzuprüfen, ob während des Wochengeldbezuges gearbeitet worden ist oder nicht, so ist leicht ersichtlich, daß diese irrtümliche Meinung Raum gewinnen kann. Auch bei den Betriebsräten herrscht vielfach über diese Bestimmung Unklarheit. Daß sich der Arbeitgeber, der sich bei Nichterhaltung des Beschäftigungsverbotes strafbar macht, in einer Zeit, in der sich die Markterwertung in sicherer Arbeit umsetzt, die Beachtung dieser Bestimmung nicht besonders angehen sein läßt, ist klar, um so mehr, als die Nichtbeachtung häufig nicht zur Kenntnis der Aufsichtsbehörde gelangt.

Nun ist es ja aus der wirtschaftlichen Not heraus nur zu verständlich, daß eine Wöchnerin während des Wochengeldbezuges eine kurze Zeit Arbeitsverdienst mitzunehmen sucht, da das Wochengeld ja niedriger ist als dieser. Nach § 195b Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung kann zwar das Wochengeld höher als das Krankengeld bemessen werden — Schwangerschaft gilt nicht als Krankheit, sondern als Ablauf eines natürlichen Lebensprozesses —, wodurch für viele Frauen die Notwendigkeit, während des Wochengeldbezuges zwei Wochen oder länger zu arbeiten, entfallen würde; aber auch von dieser Kannvorschrift dürfte aus finanziellen Gründen nur in ganz geringem Umfange Gebrauch gemacht worden sein. So wird die Arbeit nicht selten zum Nachteil der Gesundheit vorzuziehen bzw. zu früh aufgenommen, und man kann, nach den täglichen Erfahrungen zu urteilen, wohl annehmen, daß dem Muttererfolg als solchem durch das Gehen über die Wochenblasse herab ein wenig genützt worden ist. Um so notwendiger ist, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Beschäftigungsverbot hinreichend bekannt sind und in vollem Umfange beachtet werden. Wenn sich eine Wöchnerin trotz Verbot des Arztes innerhalb der acht Wochen beschäftigen läßt und ihren Zustand dadurch verschlimmert, kann die Krankentasse Selbstverschulden annehmen und braucht kein Krankengeld zu zahlen. Daher sollten die Wöchnerinnen selbst auf die Einhaltung der Bestimmungen bedacht sein, vor allem möchten die Betriebsvertretungen sich die Ueberwachung derselben angelegen sein lassen. Darauf hinzuwirken war der Zweck dieser Zeilen.

Frieda Wolgast, Gewerbeaufsichtsbeamtin, Chemnitz.

Kino, Kunst und Republik

Von M. Landa.

Es soll nicht der Zweck dieser Zeilen sein, eine eingehende Untersuchung darüber anzustellen, ob und inwiefern im Film von Kunst die Rede sein kann, denn dieses Thema bedarf einer Abhandlung für sich und einer Definition des Begriffes „Kunst“ überhaupt.

Allen jenen aber, die Film und Kunst miteinander verquicken und das Kino als einen Ersatz für das Theater betrachten, sei gesagt, daß im Kino immer das fehlen wird, was uns die Kunst im Theater vermittelt, nämlich das gesprochene Wort. Sowie die menschliche Stimme das vollendetste Instrument ist, so bleibt sie auch die vollkommenste Uebersmittlerin der Gedanken und Empfindungen des Dichters.

Die Ausstattung im Theater ist und bleibt nur ein Wert, an dem sich gewiß unser Auge erfreut, aber der Kern der Darbietung ist und bleibt das gesprochene oder gesungene Wort.

Ganz anders im Kino, hier ist die Ausstattung das A und O der Vorstellung und fast scheint es, als ob der Film das verwickelt hat, was ehemals der Theaterdirektor in Goethes „Faust“ vom Dichter verlangte, nämlich:

„Besonders aber laßt genug geschick!
Man kommt zu schauen, man will am liebsten sehn.
Wird vieles vor den Augen abgelesen,
So daß die Menge staunend gleich kann,
Da hab' ihr in der Breite gleich gewonnen,
Ihr seid ein vielgestalteter Mann.“

Als Ersatz für das gesprochene oder gesungene Wort wird eben im Film die Ausstattung, die Untertitel mit ihren Briefen und verdorengegangenen Fetten und bedingter Weise, die Mimik benützt, aber dadurch entsteht jene rohe Prophanerung und Sentation, die am deutlichsten und zugleich am häufigsten hervortritt bei der Vermittlung klassischer Dichtungen. Aber wird geradezu demonstriert, daß der Film mit seinen Bildern wohl das Auge erfreuen kann, aber in allen Leistungen mit der Kunst nichts zu tun hat, daß im Gegenteil die Menschen durch das Kino auf eine künft-

abgeschliffene Bahn gebracht werden. Die Beurteilung des Kinos nach dieser Seite hin ist ein Gebiet der Bildung, der Völkerei, worüber unter dem Strich in der Presse leider zu wenig wahrhaftig geschrieben wird, weil der Journalist abhängig gemacht wird vom Annoncenstil seiner Zeitung.

Als Tatsache ist festzustellen, daß das Kino „Volksunterhaltung“, moderner Jachmark geworden ist und in welchem Umfang dies zutrifft, erkennt man mit Schrecken, wenn man bedenkt, daß nach dem neuesten Heft „Wirtschaft und Statistik“ es in Deutschland 4000 Kino mit 250 000 Plätzen gibt, die täglich für 1 1/2 Millionen Menschen besucht werden.

Wir wissen, wie ungeheuer groß die geistige Beeinflussung der Menschen durch die tägliche Presse ist; noch viel größer und eindringlicher trifft dies zu beim Kino, dem modernen grandiosen Propagandamittel.

Was wird aber hier propagiert? Welcher Art sind die geistigen Darbietungen im Film?

Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, rührseliger Kitzel, Sentation auf jeden Fall, dabei gepulst mit Erosit und bei allen wird mit den größten Mitteln auf die niedrigsten Instinkte der Menschen spekuliert, und meist spielen die Armen die verwerflichen und die Reichen die abartigen Menschen. Zu dieser ethischen und ästhetischen Gefahr hat sich seit einiger Zeit ein neues Gebilde hinzugesunden, das unter dem Deckmantel „Geschichtliches“ läuft und große Erfolge erzielt.

Wer Augen hat zu sehen, dem kann es nicht entgehen, daß die Klasse der preussischen Junker und Offiziere mit allen Mitteln sich wehren gegen ihren Untergang, den ihnen die Geschichte beschieden hat, und daß sie alles daran setzen, um das Unmögliche möglich zu machen, nämlich, das Rad der Geschichte nach rückwärts zu drehen.

Ihren Zweck glauben sie am besten zu erreichen, wenn sie die Republik in Mißkredit bringen und eine werbende Propaganda für die Idee des Monarchismus entfalten, und dazu bemühen diese Kreise das Kino im ausreichenden Maße. Ganz zielbewußt wird von dieser reaktionären Seite dem Volk ein Giftes- und Gemütsrichtung eingeführt, die ihm die Monarchie und den Militarismus als das einzig Gebene vorstellt, mit dem sich das deutsche Volk von den brütenden Lasten des Friedensvertrages befreien kann.

Und viele der täglich 1 1/2 Millionen Kinobesucher sind naiv und einfältig genug, um in ihrer Not an diese Fata Morgana zu glauben.

Diese Beeinflussung hat bereits ungeheure Dimensionen angenommen, und da eine solche Propaganda immer zum Schaden der Republik sein muß, ist es für die Regierung wahrlich die höchste Zeit, ein Gesetz zum Schutz der jungen Republik herauszugeben, um diesen „Herrschaften“ ganz gehörig auf die Finger zu klopfen.

Noch ist die Republik zu jung und zu wenig gefestigt, um solchen Totengräbern freies Spiel zu lassen; sind erst einmal Dezennien vergangen und die Republik ist Gemeingut des deutschen Volkes geworden, dann kann man auch jenen Harnwürsten und Narren die Freiheit geben, ihren Kaiser mit einer Glorie zu umgeben und sich mit Berückung in sein Schwert zu stützen.

Heute aber müssen hier Daumensträuben angelegt werden, denn die Gefahr, die von dieser Seite droht, ist größer, als viele annehmen.

„Fribericus Reg“ mit seinen Fortsetzungen ist der Anfang, ihm werden folgen „Die Schlacht bei Leuthen“, „Die Schlacht bei Jorndorf“, „Die Völkerschlacht bei Leipzig“, „Die Rolandssage“ und als Finale: „Die Herinamenschlacht“. Die Akteure dieser Filme sind das ehemalige „Korps Rößchen“ und dazu gestellt sich deutsche und russische Kriegesbeden, natürlich Offiziere.

Diesem Treiben solcher Feinde der Republik kann wirksam nur von Staats wegen begegnet werden, und hier liegt die Arbeit der politischen Parteien. Wir kennen die Beeinflussungsmöglichkeit der Menschen, und wir ermaßen die Größe dieser Gefahr erst dann, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß dieser Stoff täglich auf 1 1/2 Millionen Gehirne losgelassen werden soll.

Dieser Propaganda des Militarismus und des Monarchismus muß die Arbeiterchaft einen Damm entgegen setzen und die breite Masse auch hinein in eine gesunde Bahn lenken.

Die gegebene Institution zur Organisierung und zur Verwirklichung dieses Planes ist die „Volksbühne“. Sie allein ist berufen, die „Volksbühnen“ zu schaffen, um in derselben der monarchistischen Propaganda die republikanische und auch die sozialistische Propaganda entgegenzusetzen und den Film auf ein neutrales Gebiet zurückzuführen, damit er als das gewertete und gezeigte wird, was er ist, nämlich ein Schauspiel.

Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Neue Teuerungszulagen für das Steindruckgewerbe sind für den Monat Juli abgeschlossen worden. Sie betragen in Orten mit einem Vorkaufschlag von 20 bis 25 Proz. für Gehilfen unter 24 Jahren 140 Mk., Gehilfen 5 bis 24 Jahren 150 Mk. und über 24 Jahre 160 Mk. In Orten mit 15 Proz. und bis 7 1/2 Proz. verringert sich die Zulage um je 5 Mk. Vom 1. bis 15. August wird ein weiterer Zuschlag von 40 Mk. wöchentlich für alle Gruppen gezahlt.

Aus unseren Zahlstellen

Breslau. Am 20. Juni fand im Gewerkschaftshause eine gutbesuchte Anzeigerinversammlung statt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden nahm Kollege Brosig das Wort. Sie schilderte in weitestem Maße das Verhalten der Unternehmer, den Lohn der Anzeigerin sowie der Hilfsarbeiterinnen zu kürzen. Besonders das Verhalten der Treuingsprinzipale, welche auch heute bei den so bedeutenden Preissteigerungen noch nicht den Mut gefunden haben, die tariflichen Mindestlöhne zu zahlen, fand eingehende Würdigung. Redner ermahnte zum Schluß die Anwesenden, treu zum Verbande und zu ihren Führern zu stehen und mit allen Mitteln und Kräften das Vorhaben der Unternehmer zu hintertreiben und zu gegebener Zeit mit erhöhten Forderungen heranzutreten. In der hierauf

einsetzenden lebhaften Diskussion verurteilten sämtliche Rednerinnen in scharfen Worten das Verhalten der Unternehmer. Folgende Resolution kam zur einstimmigen Annahme:

„Die heute im Gewerkschaftshause versammelten Anzeigerinnen verwarfen sich ganz energisch gegen das Verhalten einzelner Prinzipale, die Löhne der Anzeigerinnen herabdrücken zu wollen. Mit allen, auch den letzten gewerkschaftlichen Mitteln werden sie einem solchen Beginnen zu begegnen wissen.“

Nach einigen kurzen Worten des Gauleiters erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. M. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 22. Juni 1922. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der 1. Vorsitzende der Toten, die die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Einige Ausführungen über Lohn und arbeitszeitliche Fragen folgten. Dann hielt Kollege Raab einen Vortrag „Küchlein und Aushilf“. Er schilderte die Verhältnisse der Zahnteile in der tariflosen Zeit bis 1907 und dann weitergehend die Wirkung des in dem genannten Jahr getätigten Tarif. Derselbe brachte einen wesentlichen Fortschritt in Form verkürzter Arbeitszeit und bessere Löhne. Auch rechtlich wurde das Arbeitsverhältnis zugunsten der Arbeitnehmer günstiger beeinflusst. Der am 1. Januar 1921 eingeführte Reichstarif habe zwar der Mehrzahl der Kollegenschaft in Deutschland Vorteile gebracht, doch habe sich das Mißtrauen der Großstädte gegen den Reichstarif als nur zu berechtigt erwiesen. Die Löhne der Kollegenschaft in den Großstädten hätten vor Einführung des Reichstarifs zu den Löhnen verwandter Berufsgruppen in günstigerem Verhältnis gestanden. Heute seien sie schwer ins Hintertreffen geraten und die Erbitterung ist groß. Die Prozentwirtschaft habe viele dem Reichs-tarifgehabten entfremdet. Die Spanne zwischen Gehilfen- und Hilfsarbeiterlohn sei untragbar groß geworden. Wobei noch zu bedenken sei, daß der Gehilfenlohn selbst von vielen Berufsgruppen längst überholt sei. Vor einhalb Jahren habe die Spanne zwischen einem 24jährigen Gehilfen und einem gleichaltrigen Hilfsarbeiter 13,25 Mk. betragen, heute dagegen sei sie auf 158 Mk. angewachsen. Bei den weiblichen Arbeitskräften trete diese Erscheinung noch stärker zutage. Ebenfalls vor einhalb Jahren habe die Entfernung vom Gehilfenlohn 114,95 Mk. bzw. 127,70 Mk. betragen und habe sich jetzt auf 527,50 Mk. erweitert. Das sei ein unhaltbarer Zustand und die Frankfurter Kollegenschaft sei ein Gegner jeder Reichstarifvereinbarung wenn für die Lohnberechnung nicht ein anderer Modus Platz greife.

In der Ansprache wurde der Schlußsatz des Referenten von den Redner fast ausnahmslos scharf unterstrichen. Der Umstand, daß der Tarifausfluß erst am 1. Juli zusammenzutreten soll, führte eine erregte Auseinandersetzung herbei, in deren Verlauf Zentral- und Ortsleitung mangelnder Energie bezichtigt wurden. Eine Resolution fand einstimmig Annahme, in der noch für Juni örtliche Verhandlungen und eine aeltnermäßige Zulage ab 1. Juli verlangt wurden. Hierauf berichtete der zweite Vorsitzende Kollege Klemann über die Beitragsershöhung. Er begründete eingehend deren Notwendigkeit und teilte mit, daß der Vorstand beschließen habe bei einem Wochenverdienst von 700 Mark 12 Mk., von 700 bis 900 Mk. 15 Mk. und bei einem Wochenlohn über 900 Mk. 18 Mk. Wochenzulage zu erheben. Nach kurzer Aussprache wurde der Vorstandsentwurf einstimmig gutgeheißen und die Versammlung nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten geschlossen.

Karlsruhe. Mitgliederversammlung am 29. Juni. Kollege Rieger gab bekannt, daß für die Mitglieder an jedem Mittwoch abends 6 Uhr Sprechstunden vom Vorstand eingerichtet worden sind. Ueber die Beitragsershöhung kam es zu einer sehr regen, aber sachlichen Aussprache. Die Vorschläge zur Erhöhung des Ortszuschlages wurden einstimmig angenommen. Den Kartellbericht erstattete ebenfalls der 1. Vorsitzende. Er behandelte dabei hauptsächlich die Landeskonferenz und den Gantag der Buchbinder. Nach erfolgter Aussprache wurde Kollege Rieger zur Landeskonferenz und ein anderer Kollege (der Name ist im Manuskript unleserlich. D. Red.) zum Gantage der Buchbinder delegiert. Zuletzt kam es noch zur Erörterung eines Uebelstandes, der nicht nur in Karlsruhe, sondern auch in Berlin vorkommt, nämlich der Behandlung unorganisirter Kollegen im Betriebe. Nach einer erläuternden Auskunft des Kollegen Rieger konnte die einache Aussprache darüber geschlossen werden. Der Vorsitzende äherte sich noch zu der geplanten Bezirkskonferenz und schloß dann die Versammlung.

Nürnberg-Fürth. Mitgliederversammlungen am 27. und 29. Juni. Einleitend gab Kollege Dagner einen Bericht über die letzte Bezirksversammlung und führte u. a. auch die in anderen Verbänden mit ähnlicher Zusammensetzung vorgenommenen Beitragsershöhungen an. Der Vorwider, daß die Erhöhungen infolge des stark gestunkenen Geldwertes zu spät erfolgt sind, trifft mit wenigen Ausnahmen auf alle Gewerkschaften zu. Erst durch die großen Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit sind die maßgebenden Organisationen dazu übergegangen, sich dem Grundsatze eines Stundenlohnes als Beitragsleistung allmählich anzupassen. In der Beitragsfrage hätten alle Gewerkschaften schon nach Ausbruch der Revolution gemeinsame Richtlinien aufstellen sollen, die jedoch jeder Organisation die notwendige durch die verschiedenen Verhältnisse und Unterstützungsbedingungen bedingte Bewegungsfreiheit belassen. Sind auch die Unterstützungsbedingungen nicht Selbstzweck der Gewerkschaften, so sind sie doch in der heutigen Zeit mehr wie je notwendig, und alle Schutzschlüssen und Tarifausflüssen garantieren uns nicht den ewigen Frieden, wie der langwierige Kampf in der Metallindustrie jedem deutlich erkennen ließ. Zur Frage der Vorkaufsträge wurde die Notwendigkeit der Erhöhung an den ständig steigenden Ausgaben nachgewiesen und der Vorschlag der Verwaltung, für alle Klassen einen gleichmäßigen Vorkaufbeitrag von 2 Mk. pro Woche zu erheben, einstimmig angenommen. In der Diskussion wurde von einem Kollegen nachgewiesen, daß die Gewerkschaften trotz der so oft verkündeten „hohen“ Beiträge einen geringeren Prozentbeitrag wie im Frieden erheben. Da die gesamte arbeitslose Arbeiterchaft in ihrer Entlohnung gegen andere Berufsstände zurückgefallen, so können wir auch in der Beitragsershöhung nicht vorangehen. Die letzte Tagung des Deutschen Buchbindervereins läßt deutlich erkennen, daß sich auch hier die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit verschärfen. Der Hilfsarbeiter-

